



## **Der Gerichtspräsident entnimmt den Akten:**

1.

Am 12. Mai 2020 erliess die Staatsanwaltschaft Baden gegen die Beschuldigte folgenden Strafbefehl (ST.2020.163):

### **"Sachverhalt:**

**Missachtung der Massnahmen i.S. der COVID-19-Verordnung 2 durch**

**vorsätzliches Anbieten von anderen Waren als Lebensmittel oder Gegenständen für den täglichen Bedarf**

**(Art. 6 Abs. 3 lit. a i.V.m. Art. 10f Abs. 1 COVID-19-Verordnung 2)**

*Die Beschuldigte hat als verantwortliche Person in ihrem Verkaufsgeschäft vorsätzlich, das heisst mit Wissen und Willen, auch andere Waren als Lebensmittel oder Gegenstände für den täglichen Bedarf angeboten.*

Ort: [REDACTED], Filiale [REDACTED]

Zeit: Mittwoch, 29. April 2020, 14.50 Uhr (festgestellt)

Zu vorgenanntem Zeitpunkt konnte eine Patrouille der Kantonspolizei Aargau feststellen, dass die Beschuldigte als verantwortliche Filialeleiterin des "[REDACTED]" in [REDACTED], der Kundschaft auch Artikel (bspw. Elektroartikel samt Zubehör, Fahrradhelme, Gartenzubehör, Werkzeuge, Spielsachen etc.), welche nicht zur Deckung des alltäglichen Lebensbedarfs dienen, zum Verkauf angeboten hat, obwohl dies unter den geltenden Bestimmungen im Zusammenhang mit der Corona- Pandemie verboten ist. Anlässlich der Anzeigeeröffnung machte die Beschuldigte geltend, sich lediglich an die Anordnungen aus dem Hauptsitz von [REDACTED] gehalten zu haben und deshalb den Tatbestand nicht anerkennen zu können.

### **Dieses Verhalten ist strafbar gemäss:**

den vorstehend aufgeführten Gesetzesbestimmungen sowie Art. 34 StGB, Art. 42 Abs. 1 StGB, Art. 42 Abs. 4 StGB i.V.m. Art. 106 StGB, Art. 44 StGB, Art. 47 StGB

### **Die Beschuldigte wird verurteilt zu:**

1. Einer **Geldstrafe** von 30 Tagessätzen zu je CHF 230.00, bedingt aufgeschoben bei einer Probezeit von 2 Jahren.
2. Einer **Busse** von CHF 1700.00.  
Bei schuldhafter Nichtbezahlung tritt an Stelle der Busse eine **Ersatzfreiheitsstrafe** von 8 Tagen.

3. Den Kosten

- Strafbefehlsgebühr CHF 800.00
- Polizeikosten CHF 51.00

**Rechnungsbetrag CHF 2'551.00**

Über Auslagen, die nach Erlass des vorliegenden Strafbefehls eingehen, wird separat verfügt. ,

- 4. Es werden keine Parteientschädigungen zugesprochen.
- 5. Das Urteil wird im Strafregister eingetragen.

**Erläuterungen zur bedingten Strafe:**

Wer zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt wurde, muss diese einstellen nicht bezahlen. Im Falle des Wohlverhaltens während der angesetzten Probezeit entfällt eine Bezahlung endgültig. Wer während der Probezeit erneut straffällig wird oder Weisungen missachtet und sich der Bewährungshilfe entzieht, muss damit rechnen, die Geldstrafe zusätzlich zur neuen Strafe zahlen zu müssen."

**2.**

Gegen den Strafbefehl erhob die Beschuldigte (Verteidiger) am 29. Mai 2020 fristgerecht Einsprache, worauf die Staatsanwaltschaft am 29. Juni 2020 die Einsprache samt Akten zur Durchführung des Hauptverfahrens an das Bezirksgericht Baden überwies, mit dem Antrag auf Verurteilung der Beschuldigten gemäss Strafbefehl.

**3.**

**3.1.**

Anlässlich der Hauptverhandlung vom 11. Dezember 2020 wurde die Beschuldigte befragt.

**3.2.**

Die Schlussanträge lauten:

- Oberstaatsanwaltschaft (abwesend):

Verurteilung gemäss Anklageschrift

- Beschuldigte (Verteidiger):

Freispruch von Schuld und Strafe, eventualiter Absehen von einer Bestrafung gestützt auf Art. 52 StGB

**4.**

Im Anschluss an die Verhandlung fällte der Gerichtspräsident das vorliegende, mündlich eröffnete Urteil.

Das Urteilsdispositiv wurde den Parteien per 2020 postalisch zugestellt (der Anklägerin per 17. Dezember 2020).

5.

Mit Eingabe vom 21. Dezember 2020 meldete die Anklägerin (Vertreter) Berufung an und verlangte die Begründung des Urteils.

---

**Der Gerichtspräsident zieht in Erwägung:**

1.

Die örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts richtet sich nach dem Ort der Ausführung der strafbaren Handlung (Art. 31 Abs. 1 StPO). Das der Beschuldigten vorgeworfene tatbestandsmässige Verhalten soll sich in ■■■■■, mithin im Bezirk Baden, ereignet haben, womit das angerufene Gericht örtlich zuständig ist.

2.

Die sachliche Zuständigkeit des Präsidiums des Strafgerichts Baden für die Beurteilung der vorliegenden Strafsache ergibt sich aufgrund der durch die Oberstaatsanwaltschaft Aarau beantragten Bestrafung mit einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je Fr. 230.00 und einer Busse von Fr. 1'700.00 aus Art. 19 StPO i.V.m. § 11 Abs. 1 EG StPO.

3.

3.1.

Die Staatsanwaltschaft wirft der Beschuldigten vor, sie habe die Massnahmen i.S. der COVID-19-Verordnung 2 durch vorsätzliches Anbieten von anderen Waren als Lebensmitteln oder Gegenständen für den täglichen Bedarf missachtet. Konkret habe eine Patrouille der Kantonspolizei Aargau am 29. April 2020 um 15.50 Uhr feststellen können, dass die Beschuldigte als verantwortliche Filialleiterin des "■■■■■" in ■■■■■ der Kundenschaft auch Artikel (bspw. Elektroartikel samt Zubehör, Fahrradhelme, Gartenzubehör, Werkzeuge, Spielsachen etc.), welche nicht zur Deckung des alltäglichen Lebensbedarfs dienen, zum Verkauf angeboten habe, obwohl dies unter den geltenden Bestimmungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verboten sei. Anlässlich der Anzeigeeröffnung habe die Beschuldigte geltend gemacht, dass sie sich lediglich an die Anordnungen aus dem Hauptsitz von ■■■■■ gehalten habe und deshalb den Tatbestand nicht anerkennen könne.

Die Beschuldigte bestreitet den geltend gemachten Sachverhalt bis auf den Vorwurf, Spielsachen verkauft zu haben, nicht, macht jedoch in ihrer Einsprache gegen den Strafbefehl geltend, dass eine gültige Rechtsgrundlage für den Strafbefehl fehle, die Tragweite von Art. 6 Abs. 3 Covid-19-Verordnung-2 [VCOVID2] in Bezug auf den Umfang der Beschränkung für Läden unklar sei, kein Verstoss gegen Art. 6 VCOVID2 vorliege und der subjektive Tatbestand mangels Vorsatz nicht erfüllt sei (Einsprache vom 10. Juli 2020).

### 3.2.

#### 3.2.1.

Das Legalitätsprinzip "*nulla poena sine lege*", das unter anderem in Art. 1 StGB als wesentlicher Grundsatz des Strafrechts verankert ist, gilt gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung als verletzt, wenn jemand wegen eines Verhaltens strafrechtlich verfolgt wird, das im Gesetz überhaupt nicht als strafbar bezeichnet wird, wenn das Gericht ein Verhalten unter eine Strafnorm subsumiert, unter welche es auch bei weitestgehender Auslegung der Bestimmung nach den massgebenden Grundsätzen nicht subsumiert werden kann, oder wenn jemand in Anwendung einer Strafbestimmung verfolgt wird, die rechtlich keinen Bestand hat (BGE 145 IV 513, E. 2.3.1). Auf welcher Stufe die Strafnorm verankert sein muss, geht aus Art. 1 StGB nicht hervor. Nach herrschender Lehre ist für die Verhängung von Freiheits- und Geldstrafen ein Gesetz im formellen Sinn nötig (POPP/BERKEMEIER, in Niggli/Wiprächtiger [Hrsg.], Basler Kommentar, Strafrecht I, Art. 1-136 StGB, 4. Aufl., Basel 2019 [zit. BSK StGB I-BEARBEITER], N 28 zu Art. 1 StGB). Das Verhalten, welches der Beschuldigten gemäss Anklageschrift zur Last gelegt wurde, war, dass sie als Filialleiterin der [REDACTED] Filiale [REDACTED] "(...) auch andere Ware als Lebensmittel oder Gegenstände für den täglichen Bedarf angeboten (...)" habe.

#### 3.2.2.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Strafbestimmung in Art. 10f i.V.m. Art. 6 Abs. 3 lit. a VCOVID2 - gestützt auf welche der Strafbefehl erlassen wurde - keine valide Rechtsgrundlage für eine Bestrafung einer Person mit einer Freiheits- oder Geldstrafe bildet, da es sich nicht um ein Gesetz im formellen Sinn handelt. Der Bundesrat darf auf Verordnungsstufe nur Übertretungstatbestände schaffen, unter der Voraussetzung, dass sie sich im Rahmen von Verfassung und Gesetz halten, soweit eine Delegationsnorm nichts anderes vorsieht (Bundesamt für Justiz, Gesetzgebungsverfahren, 4. Aufl., Bern 2019, Rz. 891). Der Bundesrat darf folglich in einer Verordnung nur dann eine Geldstrafe/Freiheitsstrafe vorsehen, wenn ihn eine Delegationsnorm dazu ermächtigt. Bei der VCOVID2 handelt es sich um eine auf Gesetzesrecht beruhende, unselbständige Verordnung gestützt auf Art. 7 des Epidemiegesetzes vom 28. September 2012 (SR 818.101; nachfolgend "EpG"). Dies ergibt sich aus dem Ingress der Verordnung und dem Bericht des Bundesrates vom 27. Mai 2020 über die Ausübung seiner Notrechtskompetenzen und die Umsetzung überwiesener Kommissionsmotionen seit Beginn der Coronakrise.

Bei den in Art. 6 VCOVID2 erlassenen Betriebsvorschriften und Beschränkungen gegenüber privaten Unternehmen handelt es sich um Massnahmen im Sinne von Art. 40 Abs. 2 EpG. Für Verstösse gegen derartige Massnahmen sieht das EpG einzig eine Übertretungsbusse als Sanktion vor (Art. 83 Abs. 1 lit. j EpG). Eine Delegationsnorm, um in einer Verordnung Verstösse gegen gesundheitspolizeiliche Massnahmen wie diejenigen in Art. 6 VCOVID2 enthaltenen als Verbrechen oder gar Vergehen zu sanktionieren, enthält das EpG nicht. Folglich fehlt es an einer Rechtsgrundlage für die in

Art. 10f VCOVID2 vorgesehenen Sanktionen (vgl. FINGERHUTH/ROOS, Covid-19: Straf- und Strafprozessrechtliche Implikationen, in: Covid19: Ein Panorama der Rechtsfragen zur Corona-Krise, Basel 2020, Rz. 57 f.)

Selbst wenn man davon ausginge, dass die Strafbestimmung von Art. 10f Abs. 1 VCOVID2 als selbständige Verordnung gestützt auf Art. 185 Abs. 3 BV (statt auf das EpG) erlassen worden ist, so fehlt es auch in der Verfassungsbestimmung an einer ausdrücklichen Ermächtigung des Bundesrates, Tatbestände zu schaffen, die mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden können (BSK StGB I-POPP/BERKEMEIER, N 28 zu Art. 1 StGB, Gesetzgebungsleitfaden, Rz. 891).

Zusammengefasst fehlt es an einer Delegationsnorm oder einer gültigen Rechtsgrundlage, welche den Bundesrat ermächtigen würde, Verstösse gegen Art. 6 VCOVID2 mit einer Freiheits- oder Geldstrafe - so wie dies die Strafbestimmung in Art. 10f Abs. 1 VCOVID2 vorsieht - zu ahnden.

### 3.3.

Hinzu kommt Nachfolgendes: Gemäss Strafbestimmung Art. 10f Abs. 1 VCOVID2 wird bestraft, wer sich vorsätzlich Massnahmen nach Art. 6 VCOVID2 widersetzt. Art. 6 VCOVID2 steht unter dem Titel *"Veranstaltungen und Betriebe"*. Absatz 2 der Bestimmung besagt: *"Öffentlich zugängliche Einrichtungen sind für das Publikum geschlossen, namentlich: a. Einkaufsläden und Märkte (...) "*. Absatz 3 statuiert sodann die Ausnahme zur Grundregel: *"Absatz 2 gilt nicht für folgende Einrichtungen und Veranstaltungen: a. Lebensmittelläden und sonstige Läden (z.B. Kioske, Tankstellenshops), soweit sie Lebensmittel oder Gegenstände für den täglichen Bedarf anbieten (...) "*. Es kann festgestellt werden, dass Lebensmittelläden als auch sonstige Läden, soweit sie Lebensmittel oder Gegenstände für den täglichen Bedarf anbieten, nicht schliessen mussten, mithin für das Publikum geöffnet bleiben durften. Dem Wortlaut der vorerwähnten Bestimmung lässt sich weder mehr noch weniger entnehmen. Auf den vorliegenden Sachverhalt angewendet, bedeutet dies, dass die [REDACTED] Filiale in [REDACTED] als Lebensmittelladen, der unbestrittenermassen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs anbietet, dem Publikum geöffnet bleiben durfte. Dass Einrichtungen im Allgemeinen und Lebensmittelläden im Besonderen, die gemäss Art. 6 Abs. 3 VCOVID2 geöffnet bleiben dürfen, andere Ware als Lebensmittel oder Gegenstände für den täglichen Gebrauch absperren müssen und damit dem Publikum nicht zugänglich machen dürfen, wird von Art. 6 VCOVID2 nicht geregelt und ist damit auch nicht unter Strafe gestellt. Dies ergibt sich aus dem Bestimmtheitsgebot, welches als Teilgehalt des Legalitätsprinzips eine hinreichend genaue Umschreibung der Straftatbestände verlangt. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung muss das Gesetz so präzise formuliert sein, dass der Bürger sein Verhalten danach richten und die Folgen eines bestimmten Verhaltens mit einem den Umständen entsprechenden Grad an Gewissheit erkennen kann (BGE 145 IV 513, E. 2.3.1). Die Sortimentsbeschränkung hätte mithin bereits aus Art. 6 VCOVID2 hervorgehen müssen. Da die Verordnung somit das Verhalten der Beschuldigten - mithin das Anbieten von anderen Waren

als Lebensmitteln oder Gegenständen des täglichen Bedarfs - nicht als strafbar bezeichnet bzw. das Verhalten auch bei weitestgehender Auslegung der Bestimmung nicht unter diese subsumiert werden kann, scheitert eine strafrechtliche Verfolgung auch daran.

Die Umschreibung, dass Lebensmittelläden andere Waren als Lebensmittel oder Gegenstände für den täglichen Gebrauch nicht anbieten dürfen und welche Waren jeweils davon betroffen sind, erfolgte vorliegend mittels Erläuterungen des Bundesrates. Bei jenen Erläuterungen handelt es sich nicht um rechtsverbindliche Anordnungen und eine Missachtung derselben kann folglich keine Rechtsgrundlage für eine Bestrafung nach Art. 10f Abs. 1 VCOVID2 darstellen. Sodann ist zu erwähnen, dass auch die Erläuterungen keine Definition des Begriffs "Gegenstände für den täglichen Bedarf" enthalten (vgl. Erläuterungen des Bundesrates zur VCOVID2 Stand 27. April 2020).

Zusammenfassend wird das Legalitätsprinzip mangels Umschreibung der Sortimentsbeschränkung in der Verordnung selber - und weil Erläuterungen des Bundesrates selbstredend nicht als formelle Grundlage für eine Verurteilung dienen können - (ein weiteres Mal) verletzt, wenn die Beschuldigte wie von der Anklägerin gefordert verurteilt würde.

### **3.4.**

#### **3.4.1.**

Wenn im Gegensatz zum soeben Ausgeführten davon ausgegangen würde, die Bestrafung nach Art. 6 VCOVID2 i.V.m. Art. 10f Abs. 1 VCOVID2 halte dem Legalitätsprinzip stand, wäre der subjektive Tatbestand zu prüfen. Subjektiv wäre Vorsatz erforderlich. Dazu bedarf es insbesondere des Wissens und des Willens, wider die Verordnung des Bundesrates Gegenstände zum Verkauf anzubieten, wobei Eventualvorsatz genügen würde.

#### **3.4.2.**

Der Beschuldigten wird diesbezüglich vorgeworfen, sie habe als verantwortliche Person in ihrem Verkaufsgeschäft vorsätzlich, das heisst mit Wissen und Willen, auch andere Waren als Lebensmittel oder Gegenstände des täglichen Bedarfs angeboten.

Gemäss Aussagen der Beschuldigten sind ihre Aufgaben die Erstellung der Dienstpläne und die Umsetzung der Anforderungen aus der Zentrale. Die Anweisungen würden direkt aus der Zentrale kommen (Protokoll vom 11. Dezember 2020, [Prot.], S. 3). Es sei im Laden in [REDACTED] alles mit Planen abgedeckt gewesen, was nicht verkauft werden durfte, wobei die Zentrale darüber informiert habe, dass ab dem 27. April 2020 die Bau- und Gartenmärkte öffnen würden und die entsprechenden Produkte auch im [REDACTED] wieder zum Verkauf angeboten werden dürften. Die Planen seien dann auf den Bereichen von Baumarkt- und Gartenartikeln entfernt worden. Am 29. April 2020 sei eine neue Sortimentsbeschränkungsanordnung erfolgt, wobei auch Elektroartikel freigegeben werden sollten. Sie



habe extra nochmals nachgefragt und mit der Zentrale Rücksprache gehalten (Prot., S. 3). Spielsachen seien keine zum Verkauf angeboten worden (Prot., S. 4). Es seien fast täglich neue E-Mails von der Zentrale gekommen, was zum Verkauf angeboten werden dürfe und was nicht. Sie habe sich zusätzlich immer rückversichert, da sie teilweise eine andere Ansicht als die Zentrale gehabt habe (Prot., S. 4).

### 3.4.3.

Nach den Ausführungen der Beschuldigten ist festzuhalten, dass sich ihre Leitungsfunktion auf die Sicherstellung der Umsetzung der Vorgaben von [REDACTED] beschränkt. Es fehlt ihr sodann die Entscheidungsbefugnis bezüglich der Frage, wann welche Produkte in der Filiale verkauft werden. Folglich musste sie sich auf die Anweisungen der Zentrale verlassen, wobei sie sich rückversicherte. Am 23. April 2020 erfolgte die Anweisung der Zentrale, dass ab dem 27. April 2020 wieder Gartenartikel verkauft werden sollen, da Garten- und Baumärkte wiederröffnen würden. Falls eine Behörde sich damit nicht einverstanden erklären und ein Verkaufsverbot aussprechen würde, werde um kooperative Mitwirkung gebeten (Beilage anlässlich der Verhandlung vom 11. Dezember 2020). Ebenfalls wurde von der Zentrale jeweils eine Liste erstellt, welche Waren aktuell verkauft werden durften und welche nicht. Dieser Liste ist vorliegend zu entnehmen, dass per 27. April 2020 sowohl Elektroartikel, Gartenartikel als auch Werkzeuge und Fahrradhelme gemäss [REDACTED]-Zentrale zum Verkauf angeboten werden durften (vgl. Beilage 7 Einsprache gegen den Strafbefehl vom 13. Juli 2020). Dass auch Spielsachen verkauft wurden, bestreitet die Beschuldigte und dies geht auch nicht aus der eingereichten Fotos der Kantonspolizei hervor (Beilage 8 zur Einsprache gegen den Strafbefehl) und ist somit erstellt. Die Beschuldigte ging gemäss ihren Aussagen von der Rechtmässigkeit der Meldungen und Listen ihrer Arbeitgeberin aus.

Der subjektive Tatbestand wäre folglich nicht erfüllt, insbesondere, weil es am Wissenselement in Bezug auf das (angeblich) strafbare Verhalten fehlte, zumal die Beschuldigte vor Freigabe der Ware - trotz vorliegender Meldung und Liste - Rücksprache mit der Zentrale genommen hatte und diese Liste von jener erneut abgesegnet wurde. Die Beschuldigte durfte davon ausgehen, dass die Waren, die zum Verkauf angeboten wurden, auch tatsächlich verkauft werden durften.

### 3.5.

Zusammengefasst ist die Beschuldigte mangels hinreichender gesetzlicher Grundlage in Bezug auf Normstufe und Bestimmtheit des Straftatbestandes sowie aufgrund des fehlenden Vorsatzes in jedem Falle freizusprechen.

## 4.

### 4.1.

Ausgangsgemäss sind die Verfahrenskosten auf die Staatskasse zu nehmen (Art. 423 Abs. 1 StPO und 426 Abs. 2 StPO).



#### 4.2.

Aufgrund des vollumfänglichen Freispruches hat die Beschuldigte Anspruch auf eine Entschädigung ihrer Aufwendungen für die angemessene Ausübung ihrer Verfahrensrechte (Art. 429 Abs. 1 lit. a StPO). Die Verteidigung ist nach dem Anwaltstarif des Kantons zu entschädigen, in dem das Strafverfahren geführt wurde. Gemäss § 9 Abs. 1 AnwT bestimmt sich das Honorar in Strafsachen nach dem angemessenen Zeitaufwand des Anwaltes. Der Aufwand der freigesählten Verteidigung wird in der Regel zu einem Stundenansatz von Fr. 220.00 und bei schwierigen Fällen mit einem Ansatz von Fr. 250.00 pro Stunde entschädigt (§ 9 Abs. 2<sup>bis</sup> AnwT).

Anlässlich der Hauptverhandlung reichte der frei gewählte Verteidiger seine Honorarnote in Höhe von Fr. 5'848.80 ein, wobei er 24 Stunden und 35 Minuten à Fr. 220.00, Auslagen von Fr. 14.00 und 7.7% MwSt. in Rechnung stellte. Diese erscheint angemessen und wird der Beschuldigten in voller Höhe aus der Staatskasse entrichtet.

---

#### Der Gerichtspräsident erkennt:

##### 1.

Die Beschuldigte wird von Schuld und Strafe **freigesprochen**.

##### 2.

Die Verfahrenskosten gehen zu Lasten des Staates.

##### 3.

Die Beschuldigten wird eine Parteientschädigung von Fr. 5'848.80 (inkl. 7.7 % MwSt. von Fr. 416.45) zu Lasten der Staatskasse zugesprochen und die Gerichtskasse des Bezirksgerichts Baden wird angewiesen, die Auszahlung nach Rechtskraft des Entscheids vorzunehmen.

---

#### Zustellung an:

- die Beschuldigte (Verteidiger)
- die Anklägerin (Vertreter)

#### Mitteilung an:

- den Protokollband

#### Nach Rechtskraft Mitteilung an:

- die Gerichtskasse Baden

---

#### Berufung (Art. 398 ff. StPO)

Wer die Berufung angemeldet hat, muss **innert 20 Tagen** seit Zustellung dieses begründeten Urteils beim Obergericht, Obere Vorstadt 38, 5000 Aarau, die **Berufung erklären**.

Mit der Berufung können Rechtsverletzungen, einschliesslich Überschreitung und Missbrauch des Ermessens, Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung sowie unvollständige oder unrichtige Feststellung des Sachverhaltes gerügt werden. Die Privatklägerschaft kann die ausgesprochene Sanktion nicht anfechten (Art. 382 Abs. 2 StPO). Die Berufungserklärung ist schriftlich einzureichen. Es ist anzugeben, ob das Urteil vollumfänglich oder nur in Teilen angefochten wird, welche Änderungen des Urteils verlangt und welche Beweisanträge gestellt werden. Werden nur Teile des Urteils angefochten, ist verbindlich anzugeben, auf welche der folgenden Teile sich die Berufung beschränkt:

- a. den Schuldpunkt, allenfalls bezogen auf einzelne Handlungen,
- b. die Bemessung der Strafe,
- c. die Anordnung von Massnahmen,
- d. den Zivilanspruch oder einzelne Zivilansprüche,
- e. die Nebenfolgen des Urteils,
- f. die Kosten-, Entschädigungs- und Genugtuungsfolgen,
- g. die nachträglichen richterlichen Entscheidungen.

Die Frist für die Erklärung der Berufung kann nicht erstreckt werden (Art. 89 Abs. 1 StPO). Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag i.S.v. § 26 EG StPO, so endet sie am nächstfolgenden Werktag. Massgebend ist das Recht des Kantons, in dem die Partei oder ihr Rechtsbeistand den Wohnsitz oder den Sitz hat (Art. 90 Abs. 2 StPO).

Baden, 11. Dezember 2020

**Präsidium des Strafgerichts Baden**

Der Gerichtspräsident:



Daniel Peyer

Die Gerichtsschreiberin:



Martina Kadlcik

